Auftrag

Hiermit beauftrage ich/wir Herrn **Stefan Albers**, Versicherungs- und Rentenberater

für mich/uns folgende Tätigkeiten auszuführen:

|  |  |
| --- | --- |
|  | Versicherungsberatung: |
|  | Rentenberatung: |
|  |  |

|  |
| --- |
| für folgende Versicherungen/Versicherungsverträge/Angelegenheiten: |

* Die Honorierung erfolgt zeitabhängig gemäß Vergütungsvereinbarung (s. Folgeseite).
* Der Auftrag kommt erst nach schriftlicher Bestätigung durch die Kanzlei ALBERS zustande und endet mit der Übersendung der Schlussrechnung, soweit keine andere Vereinbarung getroffen wird.
* **Anlage**: Die **Informationen über die Kanzlei** wurden zur Kenntnis genommen.

### Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht: Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von zwei Wochen ohne Angabe von Gründen in Textform (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt frühestens mit Erhalt dieser Belehrung. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an: Kanzlei ALBERS, z. Hd. Herrn Stefan Albers, Eifelstrasse 55, 56410 Montabaur.

Widerrufsfolgen: Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren (und ggf. gezogene Nutzungen [z.B. Zinsen] herauszugeben). Können Sie uns die empfangene Leistung ganz oder teilweise nicht oder nur in verschlechtertem Zustand zurückgewähren, müssen Sie uns insoweit ggf. Wertersatz leisten. Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn Ihr Vertragspartner mit der Ausführung der Dienstleistung mit Ihrer ausdrücklichen Zustimmung vor Ende der Widerrufsfrist begonnen hat oder Sie diese selbst veranlasst haben.

Mit der Mandatsbearbeitung soll vor Ablauf der 14tägigen Widerrufsfrist begonnen werden. Mir ist bekannt, dass das Widerrufsrecht mit der früheren Mandatsbearbeitung erlischt.

Mandanten Nr.       Empfehlung von:

Firma:

Anrede: 1. Auftraggeber(in):       2. Auftraggeber(in):

Titel Vorname Name:                              

Geburtsdatum:      

Beruf /Tätigkeit:      

Straße u. Hausnummer:

Postleitzahl Ort: D-      

E-Mail:              
Einverständnis zur Korrespondenz per E-Mail:  Rechnung per E-Mail  per Post

Dokumenten-Passwort für verschlüsselte Dateien:       PDF-Dateien  ZIP-Dateien

Telefon mobil:       Telefon mobil:

Telefon privat:       Telefax privat:

Telefon Firma:       Telefax Firma:

Datum:

**Unterschrift(en):** .................................................. ..................................……….

Vergütungsvereinbarung

Zwischen

(Auftraggeber)

und

# Stefan Albers, Versicherungs- und Rentenberater

(Auftragnehmer)

wird folgende Vergütungsvereinbarung geschlossen.

1. **Allgemeines:** Grundlage dieser Vergütungsvereinbarung ist der Beratungsauftrag   
   vom .
2. **Rechtsgrundlage**: Der Auftragnehmer wird im Rahmen eines Dienstvertrages gemäß §§ 611 ff BGB tätig. Es erfolgt eine zeitabhängige Vergütung auf Basis von Stundensätzen in Anlehnung an § 4 (2) Rechtsanwalts-vergütungsgesetz.
3. **Stundensatz:** Die Beratungsleistung erfolgt zu einem Stundensatz in Höhe von 134,45 € zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer (z.Zt. 19%), insgesamt **160, – € inkl. MwSt.** Mit der Rechnung erhält der Auftraggeber eine detaillierte Aufschlüsselung des Zeitaufwandes. Die erfassten Zeiten werden bei Rechnungsstellung auf volle 15 Minuten aufgerundet. Alle Tätigkeiten im Rahmen des erteilten Mandates werden erfasst und berechnet.
4. **Ersatz von Auslagen:** Neben den jeweiligen Gebühren kann der Ersatz folgender Auslagen in Rechnung gestellt werden
   * Scanner-Kopien, Fotokopien und Abschriften, je Seite 0,50 € (zzgl. 19% MwSt.= **0,60 € inkl. MwSt.**)
   * Überlassung von elektronischen Dateien 3,50 € (zzgl. 19% MwSt. = **4,17 € inkl. MwSt.**)
   * Post- und Telekommunikationsdienstleistungen in Höhe von 20,– € (zzgl. 19% MwSt. = **23,80 € inkl. MwSt.**) pauschal.
   * Recherchen und Abfragen in Datenbanken: Die tatsächlichen Kosten, ansonsten je angefangene Seite im Format DIN A 4 und max. 2.000 Zeichen/Seite 3,– € (zzgl. 19% MwSt.= **3,57 € inkl. MwSt.**)
   * Geschäftsreisen: Fahrtkosten 0,76 € (zzgl. 19% MwSt.= **0,90 € inkl. MwSt.**) zzgl. barer Auslagen oder Bahnkosten, Übernachtungskosten. Reisezeit wird als Arbeitszeit berechnet.
5. **Abschlagsrechnung:** Der Auftragnehmer ist berechtigt, Abschlagsrechnungen zu stellen.
6. **Fälligkeit der Zahlung:** Das Honorar und der Ersatz von Auslagen sind nach Rechnungsstellung ohne Abzug zur Zahlung fällig.
7. **Kostentragung:** Dem Auftraggeber ist bekannt, dass die Vergütungsvereinbarung von der gesetzlichen Gebührentabelle abweicht und ein eventueller Erstattungsanspruch durch Dritte auf die gesetzlichen Gebühren begrenzt ist. Bei Unwirksamkeit der Vereinbarung soll die gesetzliche Gebühr gelten.
8. Eine Pauschalvergütung oder mündliche Nebenabreden gelten als nicht vereinbart.
9. **Kostenlimit:** Der Auftraggeber wünscht eine Information, wenn netto  EUR Beratungskosten zzgl. gesetzlicher Mehrwertsteuer (z.Zt. 19%) erreicht sind. Das Kostenlimit ist eine Serviceleistung - keine Sperre.
10. **Bemerkungen:**

Mandanten Nr.

Firma:

Titel Vorname Name:

Geburtsdatum:

Straße u. Hausnummer:

Postleitzahl Ort: D-

Datum:

**Unterschrift(en):** .................................................. ..................................……….

# 

# Vollmacht

Herrn **Stefan Albers**, Versicherungs- und Rentenberater,

wird hiermit Vollmacht zu meiner/unserer Vertretung erteilt.

Herr Stefan Albers ist berechtigt, mich/uns zu vertreten

1. bei der Vereinbarung sowie Änderung und Prüfung bestehender Versicherungsverträge.
2. bei der Wahrnehmung von Ansprüchen aus bestehenden Versicherungsverträgen im Versicherungsfall.
3. bei Behörden und Sozialversicherungsträgern
4. als Bevollmächtigter vor dem Sozialgericht und Landessozialgericht (§ 73 Abs. 2 Nr. 3 SGG)

Diese Vollmacht ermächtigt insbesondere

1. zu außergerichtlichen Verhandlungen aller Art und zur Vertretung in Vertragsangelegenheiten der vorstehend aufgeführten Art,
2. zur Vertretung als Bevollmächtigter vor dem Sozialgericht und Landessozialgericht (§ 73 Abs. 2 Nr. 3 SGG)
3. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf andere, auch als Prozessvollmacht gem.   
   § 81 ff. ZPO, §§138,302,374 STPO u. § 67 VWGO,
4. zur Empfangnahme von Geld und Urkunden und zur Verfügung darüber ohne Beschränkung des § 181 BGB,
5. zur Akteneinsicht bei Behörden, Versicherern und medizinischen Leistungsträgern,
6. zur Begründung und Aufhebung von Vertragsverhältnissen, zur Abgabe und Entgegennahme von Willenserklärungen, zum Abschluss von Vergleichen,
7. zum Einholen von Auskünften jeder Art bei den beteiligten Versicherungsunternehmen, die für den jeweils erteilten Auftrag nach Auffassung des Versicherungsberaters erforderlich sind.
8. zum Einholen von Auskünften jeder Art, der Einsichtnahme bzw. Anforderung von Aktenauszügen ärztlichen Gutachten, Arztberichten oder sonstigen sachdienlicher Unterlagen von allen Ärzten, Zahnärzten, Angehörigen anderer Heilberufe, von Krankenhäusern und Krankenanstalten, bei denen ich in Behandlung war, bin oder sein werde sowie von Behörden und Sozialversicherungsträgern.

Bemerkung:

Mandanten Nr.

Firma:

Titel Vorname Name:

Geburtsdatum:

Straße u. Hausnummer:

Postleitzahl Ort: D-

Datum:

**Unterschrift(en):** .................................................. ..................................……….

# Datenverarbeitung und Einwilligungserklärung zum Datenschutz

1. Präambel

Der Mandant wünscht die im Auftragsformular vereinbarten Beratungsleistungen durch die Kanzlei ALBERS, nachfolgend als Kanzlei bezeichnet. Zur Mandatsbearbeitung ist eine Verarbeitung von persönlichen Daten und ggf. auch Gesundheitsdaten erforderlich. Die Kanzlei soll alle in Betracht kommenden Daten des Mandanten verarbeiten, erhalten, verwenden, speichern, übermitteln und weitergeben dürfen. Eine Speicherung und Verwendung der Daten erfolgt nur für die beauftragten Tätigkeiten. Eine anderweitige Datenverwendung oder die nicht durch diese Einwilligung gestattete Datennutzung erfolgt nicht.

Hinweis: Aus Gründen der Lesbarkeit wurde im Text die männliche Form gewählt, nichtsdestoweniger sind die Angaben geschlechtsneutral zu verstehen.

2. Name und Anschrift des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Verantwortlicher im Sinne der datenschutzrechtlichen Bestimmungen ist

Stefan Albers, Kanzlei ALBERS, Eifelstraße 55, 56410 Montabaur

3. Mandant

Mandanten Nr.

Firma:

Titel Vorname Name:

Geburtsdatum:

Straße u. Hausnummer:

Postleitzahl Ort: D-

4. Rechtsgrundlage, Einwilligung in die Datenverarbeitung

(1) Der Mandant willigt ausdrücklich ein, dass alle personenbezogenen Daten, insbesondere die besonderen persönlichen Daten, wie z. B. die Gesundheitsdaten der zu versichernden Personen, im Rahmen der gesetzlichen Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) von der Kanzlei ALBERS gespeichert werden dürfen.

(2) Art. 6 Abs. 1 lit. a) und b) DSGVO stellen die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Mandanten dar. Art. 9 Abs. 2 lit. a für die Verarbeitung besonderer personenbezogener Daten.

(3) Diese Einwilligung des Mandanten gilt für die aktuelle und künftige Mandantsbearbeitung.

(4) Die Kanzlei darf die Mandantendaten, insbesondere auch die Gesundheitsdaten des Mandanten, zur Einholung von Stellungnahmen und Gutachten, sowie zur rechtlichen Prüfung von Ansprüchen an von Berufswegen zur Verschwiegenheit verpflichtete Personen (z.B. Anwälte und Steuerberater) weitergeben.

5. Befugnis potenzieller Vertragspartner (z.B. Versicherer)

(1) Der Mandant ist damit einverstanden, dass sämtliche Informationen und Daten, die für den von ihm gewünschten Versicherungsschutz von Bedeutung sein könnten, an potenzielle Vertragspartner (z.B. Versicherer) weitergegeben werden. Diese potenziellen Vertragspartner sind zur ordnungsgemäßen Prüfung und weiteren Vertragsdurchführung berechtigt, die vertragsrelevanten Daten - insbesondere auch die Gesundheitsdaten - im Rahmen des Vertragszweckes zu speichern und zu verwenden.

(2) Soweit es für die Eingehung und Vertragsverlängerung erforderlich ist, dürfen diese Daten, einschließlich der Gesundheitsdaten, an Rückversicherer oder Mitversicherer zur Beurteilung des vertraglichen Risikos vertraulich und anonymisiert übermittelt werden.

6. Mitarbeiter und Kooperationspartner der Kanzlei

(1) Der Mandant erklärt seine Einwilligung, dass Mitarbeiter und Erfüllungsgehilfen, die mit der Kanzlei eine vertragliche Regelung unterhalten, seine personenbezogenen Daten, insbesondere auch die Gesundheitsdaten, und seinen Finanzstatus speichern, einsehen und für die Mandatsbearbeitung verwenden dürfen. Die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes sind zu beachten.

(2) Die Kanzlei kann im Rahmen der Mandatsbearbeitung mit Kooperationspartnern zusammenarbeiten und diese bevollmächtigten. Dazu ist es erforderlich, dass Kooperationspartner die Daten des Mandanten erhalten und ebenfalls im Rahmen dieser datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung zur Datenverwendung, Weitergabe oder Speicherung berechtigt sind. Den Kooperationspartnern wird daher die datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung im Umfang der hiesigen Datenschutzerklärung erteilt. Dies gilt insbesondere auch für die sensiblen persönlichen Daten, insbesondere auch die Gesundheitsdaten des Mandanten. Der Mandant erklärt die Einwilligung zur Datenweitergabe an Kooperationspartner, sofern dies zur auftragsgemäßen Erfüllung des Mandates erforderlich ist.

7. Anweisungsregelung

Der Mandant weist seine bestehenden Vertragspartner (z.B. Versicherer) an, sämtliche vertragsbezogenen Daten - auch die Gesundheitsdaten - an die beauftragte Kanzlei unverzüglich zum Zwecke der Mandatsbearbeitung herauszugeben.

8. Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden

Die Mandantendaten werden nach Kündigung der Zusammenarbeit im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen, gelöscht. Zur Abwehr zukünftiger Schadenersatzansprüche können sich die Löschfristen entsprechend verlängern. Der Mandant ist damit einverstanden, dass sich der Löschanspruch nicht auf revisionssichere Backupsysteme bezieht und in Form einer Sperrung durchgeführt wird.

9. Rechte des Mandanten als betroffene Person

Dem Mandanten stehen sämtliche in Kapitel 3 (Art. 12-23) DSGVO genannten Rechte zu, insbesondere das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Widerspruchsrecht und Recht auf Datenübertragbarkeit.

10. Rechtsnachfolger

Der Mandant willigt ein, dass die von der Kanzlei aufgrund der vorliegenden Datenschutzerklärung erhobenen, verarbeiteten und gespeicherten Informationen, Daten und Unterlagen, insbesondere auch die Gesundheitsdaten, an etwaige Rechtsnachfolger der Kanzlei bzw. Erwerber des Mandatenbestandes weitergegeben werden, damit auch diese ihre vertraglichen und gesetzlichen Verpflichtungen als Rechtsnachfolger der Kanzlei erfüllen können.

11. Notfallklausel für Urlaubs- und Krankheitsvertretung

Der Mandant willigt ausdrücklich ein, dass sich die Kanzlei bzw. der Berater von einem anderen zugelassenen Erlaubnisinhaber (Versicherungsberater, Rentenberater) vertreten lassen darf. Vertretungsfälle sind insbesondere die Urlaubsabwesenheit, Erkrankung, Berufsunfähigkeit oder Todesfall. Für die Fälle einer erforderlichen Vertretung der Mandanteninteressen wird als berechtigter Vertreter der Erlaubnisinhaber die Vertretung übernehmen und erhält Einsichtsrechte in die Mandantendaten. Hiermit erklärt sich der Mandant auch ausdrücklich einverstanden. Der Kanzleivertreter wird als Erfüllungsgehilfe und in Untervollmacht der Kanzlei bzw. des Beraters tätig.

12. Keine Datenübertragung in Drittländer

Die Kanzlei beabsichtigt nicht, personenbezogene Daten des Mandanten in Drittländer zu übertragen.

13. Widerruf

Die Einwilligung zur Verwendung, Speicherung und Weitergabe aller gesammelten und vorhandenen Daten - einschließlich der Gesundheitsdaten - kann durch den Mandanten jederzeit und ohne Begründung widerrufen werden. Die an der Auftragsbearbeitung und/oder -verwaltung beteiligten Unternehmen werden sofort über den Widerruf informiert und verpflichtet, unverzüglich die gesetzlichen Regelungen der DSGVO und des BDSG umzusetzen. Führt der Widerruf dazu, dass der in der Präambel geregelte Vertragszweck nicht erfüllt werden kann, endet automatisch die vereinbarte Verpflichtung der Kanzlei bzw. der (des) Berater(s) gegenüber der den Widerruf erklärenden Person oder Firma. Der Mandant hat jederzeit die Möglichkeit, sich beim zuständigen Landesamt für Datenschutzaufsicht (LDA) zu beschweren.

14. Einwilligungserklärung bei besonderen personenbezogenen Daten

Mit der Verwendung, Speicherung und Nutzung der besonderen persönlichen Daten, einschließlich der Gesundheitsdaten und seines Finanzstatus, im Rahmen dieser Datenschutzvereinbarung, erklärt der Mandant seine Einwilligung, die er jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen kann.

15. E-Mail-Kommunikation

Hiermit willige(n) ich (wir) mit meiner (unserer) Unterschrift ausdrücklich ein, dass ich (wir) mit unverschlüsselten E-Mails zur Auftragsabwicklung einverstanden bin (sind). Dieses Einverständnis erteile ich ausdrücklich auch für den Fall, dass in der E-Mail-Nachricht besondere persönliche Daten, wie z.B. Gesundheitsdaten oder der Finanzstatus, enthalten sind. Sofern ich bereits die besonderen persönlichen Daten per unverschlüsselter E-Mail an die Kanzlei gesandt hatte, genehmige ich die nicht verschlüsselte Kommunikation bis auf Widerruf für die Zukunft.

Datum:

**Unterschrift(en):** .................................................. ..................................……….

Anlage

Gesetzliche Informationspflicht der Kanzlei Albers

##### Berufsbezeichnung                  Diplom-Betriebswirt (DH) als Beratender Betriebswirt

##### verliehen in: Mannheim, Bundesrepublik Deutschland - Germany

##### Berufsrechtliche Regelungen: LHG Baden-Württemberg, DH-ErrichtG, EStG

##### Gesetzliche Bezeichnung:  Versicherungsberater

##### Zugelassen in: Bundesrepublik Deutschland - Germany

##### Erlaubnisumfang: Registrierter Erlaubnisinhaber zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten für den Sachbereich Versicherungsberatung

##### Registrierungs-Nr.:                  Rechtsdienstleistungsregister 75 E - 128/08

##### Registrierungsbehörde:             Landgericht Mainz, Diether-von-Isenburg-Straße, D-55116 Mainz

##### Berufszulassung: Erlaubnis nach § 34d Abs. 2 GewO

##### Zulassungsbehörde: IHK Koblenz, Schlossstraße 2, D-56068 Koblenz

##### Berufsrechtliche Regelungen: Rechtsdienstleistungsgesetz, RVG, Gew0, VVG

##### Tätigkeiten: Erbringung von Beratungsleistungen, Rechtsberatung, Interessenvertretung,

##### Erstellung von Gutachten, etc.

##### Beteiligungen:                          Keine direkten oder indirekten Beteiligungen an den Stimmrechten

##### oder am Kapital eines Versicherungsunternehmens bzw. am Kapital

##### der Kanzlei.

##### Vergütung: Ausschließlich durch den Auftraggeber auf Basis einer individuellen Vergütungsvereinbarung, des RVG oder JVEG (Gutachten)

##### Schlichtungsstelle: Ombudsmann Private Kranken- und Pflegeversicherung

##### Postfach 06 02 22, 10052 Berlin

##### Versicherungsombudsmann e.V., Postfach 08 06 32, 10006 Berlin

##### Berufshaftpflichtversicherung: HDI Versicherung AG, HDI-Platz 1, 30659 Hannover

##### Geltung im gesamten Gebiet der Mitgliedsstaaten der EU und der EWR-

##### Staaten. Vermögensschadenhaftpflichtversicherung gem. § 34 d Absatz 5 Nr. 3 GewO

##### in Verbindung mit den §§ 11 bis 12 Versicherungsvermittlungsverordnung.

##### Gesetzliche Bezeichnung:    Rentenberater für betriebliche Altersversorgung, gesetzliche Kranken-,

##### Pflege- und Rentenversicherung

##### Zugelassen in: Bundesrepublik Deutschland - Germany

##### Registrierungs-Nr.:              Rechtsdienstleistungsregister 75 E - 128/08

##### Registrierungsbehörde: Landgericht Mainz, Diether-von-Isenburg-Straße, D-55116 Mainz

##### Berufsrechtliche Regelungen:   Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG), RVG

##### Berufshaftpflichtversicherung: HDI Versicherung AG, HDI-Platz 1, 30659 Hannover

##### Geltung im gesamten Gebiet der Mitgliedsstaaten der EU und der EWR-

##### Staaten. Versicherungsumfang gemäß § 12 Absatz 1 Ziffer 3 RDG

##### Online-Streitbeilegung: Die Europäische Kommission stellt eine Plattform für die außergerichtliche Online-Streitbeilegung (OS-Plattform) bereit, die Sie unter http://ec.europa.eu/consumers/odr erreichen. Wir sind weder verpflichtet noch bereit, an einem Streitschlichtungsverfahren teilzunehmen.

##### Datenschutzerklärung: Veröffentlicht unter www.kanzlei-albers.de/datenschutz.html Verantwortliche Stelle im Sinne der Datenschutzgesetze, insbesondere der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), ist: Stefan Albers, Eifelstraße 55, D-56410 Montabaur

##### Umsatzsteuer-IdNr.:                  DE227667014